



Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Ministerin Grimm-Benne warnt vor Demokratieverdrossenheit: „Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf.“

Magdeburg. Unter dem Titel „In welcher Demokratie wollen wir leben? – Sachsen-Anhalt im Gespräch“ diskutieren heute Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung sowie Bildungs- und Beratungsprojekten über den Zustand und die Zukunft der Demokratie.

Vor rund 175 Gästen warnte Sozialministerin Petra Grimm-Benne vor den Folgen von Demokratieverdrossenheit und fortschreitender Radikalisierung. Hintergrund ist der Befund des jüngst veröffentlichten Sachsen-Anhalt-Monitors, wonach sich nur rund 43 Prozent der Menschen in Sachsen-Anhalt klar zur Demokratie bekennen.

„2026 ist ein entscheidendes Jahr für unsere Demokratie. In einer Zeit, in der autoritäre Beißreflexe und Fake News an Einfluss gewinnen, müssen wir unsere demokratischen Grundwerte aktiv verteidigen. Gerade bei Gegenwind braucht es ein Zusammenstehen von Engagierten, Kirchen, Gewerkschaften und staatlichen Akteuren. Gemeinsam organisieren wir Rückenwind für eine demokratische Zukunft. Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf“, betonte Grimm-Benne. Ein Blick in die USA zeige, wie schnell demokratische Errungenschaften und Institutionen abgewickelt werden können. Zugleich mahnte die Ministerin, dass immer mehr Menschen offen seien für autoritäre Lösungsversprechen und populistische Vereinfachungen. „Das ist ein klarer Auftrag an uns Demokratinnen und Demokraten. Wir gewinnen die Menschen in unserem Land nicht durch Lautstärke oder Heilsversprechen, sondern durch Zuhören, Beteiligung und erfahrbare Mitbestimmung. Demokratie lebt davon, unterschiedliche Erfahrungen ernst zu nehmen und miteinander im Gespräch zu bleiben, um gemeinsam die besten Lösungen zu finden. Hass und Hetze verdienen jedoch die rote Karte.“

Das Land setze deshalb auf stabile Förderstrukturen und den Schutz derjenigen, die sich für Demokratie engagieren. Das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit bleibt dabei ein zentrales Fundament. Ziel des Programms ist, demokratische Kultur und Teilhabe zu stärken, Rassismus und Menschenfeindlichkeit vorzubeugen sowie die Vernetzung von Staat und Zivilgesellschaft zu fördern. Ein besonderer Schwerpunkt liege auf der Unterstützung lokaler Vorhaben in den Kommunen in ganz Sachsen-Anhalt und der Stärkung demokratischer Alltagskultur vor Ort - etwa durch Projekttage an Schulen, Beteiligungsformate für junge Menschen sowie Beratungsangebote für Schulen, Verwaltungen und Vereine im Umgang mit demokratifeindlichen Herausforderungen. Für die Umsetzung der Bundesdemokratieprogramme und des Landesprogramms stellt das Sozialministerium im Jahr 2026 insgesamt 2,7 Millionen Euro zur Verfügung. Gefördert werden damit unter anderem die Beratung gegen Hassrede im Internet, die Beratung von Opfern rechter Gewalt, die Kofinanzierung kommunaler Partnerschaften für Demokratie sowie der Engagementfonds zur niedrigschwelligen Förderung von Nachbarschaftsprojekten. Gefördert werden zudem Dialogformate, Erinnerungs- und Gedenkprojekte sowie Medienkompetenztrainings zum Erkennen von Desinformation und Fake News. Ziel all dieser Maßnahmen ist es, demokratische Werte erlebbar zu machen, Vertrauen in staatliche und zivilgesellschaftliche Strukturen zu stärken und den gesellschaftlichen Zusammenhalt nachhaltig zu fördern.

Impressum:

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
Pressestelle
Turmschanzenstraße 25
39114 Magdeburg

Tel: (0391) 567-4608

Fax: (0391) 567-4622

Mail: ms-presse@ms.sachsen-anhalt.de